

Bundesverfassungsgericht
Postfach 1771
76131 Karlsruhe

Köln, den 14.11.2011

1 BvF 1/11 Normenkontrollantrag der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 6.9.2011 (AR 5290/11) möchten wir als Interessenvertretung der Redakteurinnen und Redakteure aller öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland folgende Stellungnahme abgeben.

Kern des Normenkontrollantrags ist die Feststellung, dass die Zusammensetzung der Kontrollgremien des ZDF die gebotene Staatsferne nicht hinreichend gewährleistet. Wie öffentlich bekannt, hat die Art und Weise der Besetzung der Position des ZDF-Chefredakteurs den Anlass zu dieser Klage gegeben.

Nach Ansicht der AGRA liefert die Zusammensetzung des ZDF-Fernsehrrats eindeutig Anzeichen dafür, dass die geforderte Staatsferne des Gremiums nicht gegeben ist. Die meisten Mitglieder sind ebenso wie die Gremienmitglieder anderer Sender Teil von Freundeskreisen, die politischen Parteien nahe stehen. Nach Angaben von Teilnehmern bereitet der Fernsehrrat die Sitzungen traditionell in den zwei politischen Freundeskreisen vor. (Siehe Homepage des Vorstandsmitgliedes im Freundeskreis des bürgerlichen Lagers, Dr. Angelika Niebler.¹⁾)

Die AGRA hat große Zweifel, ob die im ZDF-Fernsehrrat vertretenen gesellschaftlich relevanten Gruppen noch die heutige Gesellschaft der Bundesrepublik widerspiegeln. So sind z.B. Muslime, schwul-lesbische Verbände, Alleinerziehende oder Verbraucherverbände in dem Gremium nicht vertreten. Die Parteien hingegen sind überrepräsentiert.

AGRA

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Redakteursausschüsse

Die AGRA schließt sich im übrigen der im Internet publizierten Stellungnahme des Deutschen Journalistenverbandes an - besonders was die Auswahl der Mitglieder des Fernseh Rates durch die Exekutive angeht.

Zusätzlich zu den im Normenkontrollantrag geforderten Punkten sollen Staatsferne, Unabhängigkeit und Meinungsvielfalt durch eine Stärkung der Mitwirkung von Redakteurinnen und Redakteuren gewährleistet werden. Hatte doch während der Diskussion um die vom Intendanten vorgeschlagene Vertragsverlängerung des ZDF-Chefredakteurs das damalige Mitglied des ZDF-Verwaltungsrates, der ehemalige Ministerpräsident Roland Koch, eine unverblühte Drohung an leitende Redakteure des ZDF gerichtet. Er sagte damals, sie hätten sich mit ihrer Solidaritätserklärung für den Kandidaten Nikolaus Brender keinen Gefallen getan.² Alarmiert sind darüber hinaus alle Redakteure des öffentlich rechtlichen Rundfunks unter anderem deshalb, weil so deutlich geworden ist, dass eine direkte Einflussmöglichkeit von Regierungsmitgliedern auf das Programm möglich ist.

Darum möchten wir durch unsere Stellungnahme anlässlich der verfassungsrechtlichen Überprüfung des ZDF-Staatsvertrages dazu anregen, ein besonderes Augenmerk auch allgemein auf die gesetzliche Verankerung der Autonomie des Rundfunks zu legen. Die AGRA vertritt die Auffassung, dass die Kontrollgremien aller öffentlich rechtlichen Sender (dies beinhaltet auch ausdrücklich die ARD-Anstalten sowie das Deutschlandradio) weder von Vertretern der Exekutive noch denen der Legislative dominiert werden sollten.

Aus politisch motiviertem Einfluss bei der unter Gremienvorbehalt stehenden Besetzung von Hierarchien in Rundfunkanstalten kann eine Gefahr für die gebotene Unparteilichkeit der Berichterstattung und für die Unabhängigkeit der in den Sendungen zum Ausdruck gebrachten Meinungen erwachsen.

Um dieser Gefahr zu begegnen und die Redakteurinnen und Redakteure vor nicht in der Sache begründeten Einflussnahmen zu schützen, haben das ZDF und seine Beschäftigten bereits Regelungen in einer Dienstvereinbarung getroffen, nämlich in der "ZDF Leitordnung" vom 1. 5. 1996.

Demnach darf kein Autor oder Redakteur veranlasst werden, in Beiträgen eine der eigenen Überzeugung widersprechende Meinung zu vertreten oder fehlerhaft oder unvollständig zu berichten. Beiträge dürfen nicht abgewiesen oder wesentlich verändert werden, weil der für die Sendung verantwortliche Mitarbeiter eine andere Meinung hat, als der für den Beitrag verantwortliche Redakteur. Die Redakteurinnen und Redakteure müssen bei der Meinungsfindung bei übergreifenden Programmentscheidungen einbezogen werden.

Diese Dienstvereinbarung nennt inhaltlich wichtige Kerngedanken. Wir sind jedoch der Meinung, dass es notwendig ist, den für die Autonomie des Rundfunks wichtigen Schutz der Meinungsbildung in den Redaktionen – also der Gruppe, die den Rundfunkauftrag unmittelbar erfüllt - nicht nur einigen Regelungen einer Dienstvereinbarung zu überlassen, die zwischen Leitung und Arbeitnehmervertretung abgeschlossen wird, zumal sie auch disziplinierende Elemente enthält.³ Sachdienlich wäre eine gesetzlich verankerte Regelung.

Federführung bei der WDR Redakteursvertretung

Appellhofplatz 1 50600 Köln

Telefon 0221/220-8649 Fax 0221/220-778649 sprecher@agra-rundfunk.de

Sprecher: Georg Berg (WDR), Gerd Pasch (DLF)

<http://wiki.agra-rundfunk.de>

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Redakteursausschüsse

Bei der redaktionellen Interessensvertretung geht es nicht um arbeitsrechtliche Interessen, sondern um den Erhalt der gemeinsam erarbeiteten und von einer kritischen Öffentlichkeit überwachten journalistischen Grundsätze. Ohne solche Standards publizistischer Verantwortung kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Aufgaben nicht voll erfüllen.

Die meisten öffentlich-rechtlichen Sender haben zu diesem Zweck Regelwerke, die Redakteursstatut oder Redaktionsstatut genannt werden. Deren funktionsadäquate Rechtsgrundlage darf nicht, wie im Fall der ZDF-Leitordnung das im Personalvertretungsgesetz des ZDF-Sitzlandes Rheinland-Pfalz niedergelegte Personalvertretungsrecht sein, sondern nur das Rundfunkrecht. Die analoge Regelung im Betriebsverfassungsgesetz verbietet sogar die Anwendung für Betriebe, auf die Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes Anwendung findet (§ 118 BetrVG). Der ZDF-Staatsvertrag ist also in diesem Punkt ebenfalls direkt betroffen. Die Regelungslücke kann nach unserer Auffassung nur durch Redaktionsstatute geschlossen werden. Ein gelungenes Beispiel für die gesetzliche Verankerung findet sich im WDR Gesetz (§ 31): „Die Intendantin oder der Intendant und die Redakteurvertretung stellen im Einvernehmen ein Redakteurstatut auf. Das Redakteurstatut bedarf der Zustimmung des Rundfunkrats.“

Zu erwähnen sei an dieser Stelle, dass es auch in den öffentlich-rechtlichen Sendern BR, MDR und SWR keine Redakteursstatute gibt, und da wo es sie gibt, sie in den wenigsten Fällen staatsvertraglich verankert sind.

Redaktions- oder Redakteursstatute dienen der Gewährleistung der Rundfunkfreiheit und den mit ihr verbundenen Erwartungen an die Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Sie bezwecken also nicht den Schutz der individuellen Selbstverwirklichung der Redakteurinnen und Redakteure, sondern haben eine instrumentelle Funktion, indem sie dazu beitragen, die Vermittlungsfunktion des Rundfunks als Medium und Faktor öffentlicher Meinungsbildung abzusichern (vgl. NRW-Urteil des BVerfG. vom 5.2.1991 S. 181, 197).

Zu vielen der Rundfunkfreiheit immanenten Zielen und Funktionen können Statute einen wichtigen Beitrag leisten. Zu nennen wären beispielsweise

- Sicherung der Meinungsvielfalt in den Programmen
- Gewährleistung der Professionalität der Programmgestaltung und inhaltlicher Qualitätsstandards
- Transparenz von programmrelevanten Entscheidungsprozessen
- Schlichtungsverfahren bei Programmkonflikten

In all diesen Punkten wird weder die im ZDF-Staatsvertrag noch in den Dienstvereinbarungen anderer Sender definierte Letztverantwortung von Intendantinnen und Intendanten bzw. der von ihnen berufenen programmlichen Vorgesetzten in Frage gestellt. Die in den verschiedenen Sendern geltenden individuell ausgehandelten Statute zielen durchweg nicht darauf ab, die Programmverantwortung der Intendanten oder gar die Kontrollfunktion der Gremien zu schmälern. Sie sind vielmehr ein unterstützender Beitrag sui generis zur Gewährleistung des öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrags. Dieser wird in erster Linie geleistet durch Aktivierung der Mitverantwortung und des professionellen Sachverständes der

Federführung bei der WDR Redakteursvertretung

Appellhofplatz 1 50600 Köln

Telefon 0221/220-8649 Fax 0221/220-778649 sprecher@agra-rundfunk.de

Sprecher: Georg Berg (WDR), Gerd Pasch (DLF)

<http://wiki.agra-rundfunk.de>

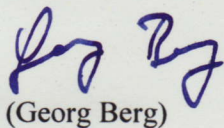
Programmmitarbeiter und Schaffung transparenter anstaltsinterner Kommunikationsstrukturen.

Die Wirksamkeit von Redaktionsstatuten unterstreicht ein Beispiel im Hessischen Rundfunk.⁴ Im Umfeld der ZDF-Verwaltungsratssitzung in der Frage der Besetzung des Chefredakteurspostens wurde ein Konflikt bekannt, in dem der HR-Redakteurausschuss sich für die Berichterstattung über die Verwaltungsratssitzung eingesetzt hatte, die der HR-Chefredakteur zuvor nicht erlaubt hatte. Durch die Intervention des Redakteurausschusses konnte nicht nur eine den Redakteuren wesentlich erscheinende Programmentscheidung transparent gemacht werden. Auch die Berichterstattung über die ZDF-Verwaltungsratssitzung fand schließlich statt.

Redaktionsstatute stärken den Schutz der Programmmitarbeiter, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrag unmittelbar erfüllen, vor interessengeleiteter Einflussnahme.

Die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich rechtlichen Redakteurausschüsse regt aus den genannten Gründen die Ergänzung des ZDF-Staatsvertrags um eine Regelung über ein Redaktionsstatut an. Dies geschieht auch in der Hoffnung, dass eine solche Ergänzung dann auch in die gesetzlichen Grundlagen jener ARD-Anstalten übernommen wird, die ebenfalls bisher kein Redaktionsstatut beinhalten.

Mit freundlichen Grüßen



(Georg Berg)

Anlagen

1. Resolution der AGRA vom 12. März 2009⁵
2. Im Gespräch: Roland Koch – Was haben Sie gegen Nikolaus Brender? (FAZ 24.2.2009)
3. Hessischer Rundfunk – Zoff wegen Brender-Berichterstattung (Spiegel Online 27. November 2009)
4. Dr. Angelika Niebler, „Im Fernsehrat“

¹ <http://www.angelika-niebler.de/htm/fernsehtrat.htm>

² www.faz.net/aktuell/feuilleton/im-gespraech-roland-koch-was-haben-sie-gegen-nikolaus-brender-1769495.html

³ vgl: Martin Stock: Innere Medienfreiheit – Ein modernes Konzept der Qualitätssicherung, S. 57, Baden Baden 2001

⁴ <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,663960,00.html>

⁵ http://wiki.agra-rundfunk.de/wiki/ZDF_-_Chefredakteur_Nikolaus_Brender_und_Ministerpr%C3%A4sident_Roland_Koch

ZDF - Chefredakteur Nikolaus Brender und Ministerpräsident Roland Koch

Aus AGRA

Resolution vom 12. März 2009

Die Unabhängigkeit ist systemrelevant

Die ARD-Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Redakteurausschüsse (AGRA) verurteilen die Einflussnahme des Ministerpräsidenten Roland Koch auf die Besetzung des ZDF-Chefredakteurspostens. Sie sehen darin eine Gefährdung der Unabhängigkeit nicht nur des ZDF sondern des ganzen öffentlich-rechtlichen Systems.

Sowohl die Begründung mit angeblich schlechten Quoten, als auch die Drohung gegen leitende Redakteure des ZDF, sie hätten sich mit ihrer Solidaritätserklärung keinen Gefallen getan, sind für alle Redakteure alarmierend.

Roland Koch hat in diesem Zusammenhang zudem versucht, die Demokratie neu zu definieren. Zu deren Grundlage hat er die Politiker erhoben. In unserer Verfassung basiert die politische Willensbildung aller Bürgerinnen und Bürger zunächst auf freien Medien, und die dürfen nicht von Regierungsmitgliedern dominiert werden, über deren Handeln unabhängig berichtet werden muss.

Die Redakteurinnen und Redakteure der ARD sehen - weit über das ZDF hinaus - eine Beschädigung des gesamten öffentlich-rechtlichen Systems, wenn der Besetzungsvorschlag des Intendanten aus sachfremden Gründen abgelehnt wird. Auch die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom Staat ist *systemrelevant*.

Weblinks

- Politiker haben nicht zu entscheiden, was wir sehen dürfen (<http://www.abendblatt.de/daten/2009/03/27/1101145.html>) Henning Voscherau^[1] im Hamburger Abendblatt (27. März 2009)
- Hessischer Rundfunk – Zoff wegen Brender-Berichterstattung (<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,663960,00.html>) (spiegel.de 27. März 2009)
- *Fall Brender: ARD-Redakteure sehen Gefahr für System* (http://www.dwld.de/article/story_20128,00.html) DWDL.de (12. März 2009)
- *Scharfe Kritik an Roland Koch* (<http://www.ksta.de/html/artikel/1236866641185.shtml>) Kölner Stadtanzeiger (13. März 2009)
- ZDF-Chef Schächter in der Klemme (<http://www.stern.de/kultur/tv/medienkolumne-zdf-chef-schaechter-in-der-klemme-1514248.html>) Kommentar von Bernd Gäbler^[2] (stern.de 12.10.2009)
- ZDF von Politikern gesteuert (<http://satundkabel.magnus.de/medien/artikel/faz-herausgeber-kritisiert-einmischung-der-politik-beim-zdf.html>) , Frank Schirrmacher^[3] kritisiert Einmischung der Politik beim ZDF (magnus.de, 15.10.2009)
- Totalschaden beim ZDF? (<http://www.bild.de/BILD/politik/2009/10/18/zdf-chefredakteur-nikolaus-brender/totalschaden-beim-zdf.html>) Kommentar von Mathias Döpfner^[4] (bild.de, 18.10.2009)
- ZDF und ARD sollten mehr Freiheit wagen (<http://www.handelsblatt.com/politik/handelsblatt-kommentar/zdf-und-ard-sollten-mehr-freiheit-wagen;2474003>) Kommentar von Hans-Peter

Siebenhaar (Handelsblatt, 26.10.2009)

- Die Politik muss das ZDF freilassen (<http://www.faz.net/IN/INtemplates/faznet/default.asp?tpl=common/zwischeneseite.asp&dx1={B92CD976-D00F-293C-57C3-CBC801A6255B}&rub={31A3F8B5-C424-4291-B909-EE26A53C190E}>) Gastbeitrag von Werner Hahn^[5] (FAZ, 30.10.2009)
- Offener Brief von Staatsrechtlern: "Prüfstein für die Rundfunkfreiheit" (<http://www.faz.net/s/Rub510A2EDA82CA4A8482E6C38BC79C4911/Doc~EF661F8EF700742C58F6D9535A24ECFEA~ATpl~Ecommon~Spezial.html>) (FAZ.net, 22.11.2009)
- Das Fernsehen als Beute? (<http://www.faz.net/s/Rub475F682E3FC24868A8A5276D4FB916D7/Doc~ECFD782E00824465BBCAECA2A5B10E77E~ATpl~Ecommon~Spezial.html>) (FAZ.net, 22.11.2009)
- "Es werden Inhalte kontrolliert" (http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2097057) (Heide Simonis^[6] im FR-Interview, 22.11.2009)
- ZDF & Brender: Nie war der Mangel an Staatsferne unzeitgemäßer als heute (<http://carta.info/18671/nikolaus-brender-zdf/>) (Robin Meyer-Lucht in Carta 23.11.2009)
- Journalisten warnen vor Verletzung von Pressefreiheitscharta (<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,662937,00.html>) (spiegel.de, 23.11.2009)
- Offener Brief an den ZDF-Verwaltungsrat (<http://www.telemedicus.info/article/1586-Ein-offener-Brief-an-den-ZDF-Verwaltungsrat.html>) (telemedicus.info, 24.11.2009)
- Absetzung von ZDF-Chefredakteur Brender (<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,663699,00.html>) (Kommentar von Markus Brauck in spiegel.de, 27.11.2009)
- Zoff im ZDF-Fernsehrat (<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,666562,00.html>) Unionsmehrheit blockt Resolution zu Brender ab (spiegel.de 11.12.2009)

Einzelnachweise

1. ↑ Erster Bürgermeister Hamburgs (1988 - 1997)
2. ↑ Von 2001 bis Ende 2004 fungierte Gäbler als Geschäftsführer des Adolf-Grimme-Instituts in Marl
3. ↑ "FAZ"-Herausgeber
4. ↑ Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG
5. ↑ Justitiar des NDR
6. ↑ Als damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin hat Heide Simonis 2002 gemeinsam mit Wolfgang Clement den ZDF-Verwaltungsrat verlassen.

Von „http://wiki.agra-rundfunk.de/wiki/ZDF_-_Chefredakteur_Nikolaus_Brender_und_Ministerpr%C3%A4sident_Roland_Koch“

- Diese Seite wurde zuletzt am 8. November 2011 um 17:51 Uhr geändert.

<http://www.faz.net/-gqz-11xcn>

HERAUSGEBEN VON WERNER DITKA, BERT HOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

Frankfurter Allgemeine Feuilleton

Aktuell Feuilleton

Im Gespräch: Roland Koch

24.02.2009

Was haben Sie gegen Nikolaus Brender?

Dem hessischen Ministerpräsidenten wird vorgeworfen, seine Macht beim ZDF auszuspielen und den Vertrag mit Chefredakteur Brender nicht verlängern zu wollen, weil der Sender politisch zu unabhängig erscheint. Jetzt wehrt sich Roland Koch.

Artikel

Dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch wird vorgeworfen, seine Macht beim ZDF auszuspielen und den Vertrag mit Chefredakteur Brender nicht verlängern zu wollen (siehe auch: Kommentar zum Fall Brender: Es geht ums Prinzip). Im Gespräch mit der F.A.Z. verteidigt Koch seine Haltung.



© WONGE BERGMANN

„Es gibt ein Spannungsverhältnis zwischen Innenansicht und Außenansicht“: Roland Koch zur Causa Nikolaus Brender

Herr Ministerpräsident, warum wollen Sie den Vertrag des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender nicht verlängern?

Weitere Artikel

- Kommentar zum Fall Brender: Es geht ums Prinzip
- Die Politik enteignet den öffentlichen Diskurs
- Mit dem Zweiten schwarz sehen: Das ZDF sucht einen Chefredakteur

Wenn die Verträge von leitenden Direktoren auslaufen, hat der Verwaltungsrat die Aufgabe, die Entwicklung in den Arbeitsbereichen zu prüfen. Und da haben eine Reihe von Verwaltungsratsmitglieder – auch ich – Fragen gestellt. Diese Fragen betreffen nicht, wie öffentlich kolportiert wird, parteipolitische Zusammenhänge, sondern die betreffen ganz handfest: Wie hat sich die Informationssparte des ZDF in den letzten sieben, acht Jahren entwickelt? Können wir im Wettbewerb mit anderen damit zufrieden sein? Und die Frage ist auch, wie ist das innere Klima in den Redaktionen beim ZDF? Ist da genug Freiheit und Kreativität vorhanden? Oder besteht die Möglichkeit, durch eine andere Leitung neue Impulse zu setzen? Das ist wahrlich keine illegitime Diskussion, sondern Aufgabe des Verwaltungsrates.

Und Sie beantworten all diese Fragen nicht im Sinne von Herrn Brender?

Man muss diese Diskussion mit ein paar Fakten beginnen, und die sind sehr bitter. „Heute“ hat seit 2002 26 Prozent seiner Zuschauer verloren. 2008 wurden wir erstmals von „RTL aktuell“ überholt, liegen also hinter „Tagesschau“ und der RTL-Sendung nur noch auf Platz 3. Das hätte sich vor fünf Jahren sicher kein Mitarbeiter des ZDF vorstellen können. Das „Auslandsjournal“ hat heute 56 Prozent weniger Zuschauer, der „Länderspiegel“ 16 Prozent. Das „Heute Journal“ hat 10 Prozent weniger Zuschauer – im Gegensatz dazu haben die „Tagesthemen“, die ja keinen privilegierten Sendeplatz haben, ihre Zuschauerzahl halten können. Es ist die Pflicht des Verwaltungsrates, solche Negativentwicklungen zu erörtern. Und es ist unsere Aufgabe, nicht jede Debatte über diese Fragen als eine politische oder gar parteipolitische diskreditieren zu lassen. Denn um eine solche Debatte geht es bei der Vertragsverlängerung des Chefredakteurs auf gar keinen Fall.

Wie kommt es, dass Sie diese Fragen jetzt zum ersten Mal öffentlich formulieren?

Es war bisher eine Debatte in den Gremien des ZDF, wo sie nach meiner Meinung auch hingehört. Lediglich die Tatsache, dass sie in den letzten Tagen – leider auch von Mitarbeitern des ZDF – politisiert wurde, führt dazu, dass ich jetzt auch eine öffentliche Debatte führe. Wir haben an dieser Form der Diskussion kein Interesse. Sie dient dem ZDF ganz sicher nicht.

Beeindruckt es Sie nicht, dass die Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter und prominente ZDF-Mitarbeiter Ihr Urteil nicht teilen – sowohl was die Qualität von Brender angeht, als auch die wahre Motivation hinter dieser Debatte?

Der Staatsvertrag des ZDF gibt dem Verwaltungsrat ganz bewusst und eigentlich nur die Aufgabe, im Einvernehmen mit dem Intendanten Personalentscheidungen zu treffen. Das kann nicht in einer Weise geschehen, in der es zu einer Veranstaltung einiger Mitarbeiter wird. Die Unterschriften machen mich tatsächlich in doppelter Hinsicht besorgt. Zum einen glaube ich, dass es nicht gut ist für das Image des ZDF, die Diskussion in dieser Weise in die Öffentlichkeit zu tragen. Zum anderen registriere ich auch, dass sich viele sehr gedrängt gefühlt haben, eine äußere Solidarität zu zeigen, obwohl es intern in den letzten drei, vier Jahren eine sehr viel offenere Diskussion über Führungs- und Strategiefragen im Informationsbereich des ZDF gegeben hat, denken Sie nur an die massive Kritik der Auslandskorrespondenten.

Aber auch der Intendant scheint Ihre Kritik nicht zu teilen und will Brender zur Wiederwahl vorschlagen. Auch angesichts des Medienechos scheinen Sie mit Ihrer Einschätzung über die Entwicklung des Informationsbereiches eher alleinzustehen.

Die bitteren Zahlen lassen sich nicht wegreten. Und es gibt sicher ein natürliches Spannungsverhältnis zwischen Innensicht und Außensicht. Es ist nicht die Aufgabe des Verwaltungsrates, alle Vorschläge einfach anzunehmen. Es ist aber auch ein großes Ziel, jedenfalls von mir, am Ende in Übereinstimmung mit dem Intendanten zu entscheiden. Da gibt es – das ist jetzt öffentlich sichtbar geworden – auch mal Diskussionsbedarf, bevor man zu gemeinsamen Entscheidungen kommt. Es geht bei der Berufung des Chefredakteurs um eine doppelte Übereinstimmung: zwischen dem Verwaltungsrat und dem Intendanten einerseits und zwischen den zwei Gruppen im Verwaltungsrat andererseits. Wenn es schon einmal eine politische Nomenklatur beim ZDF gibt, in der der Chefredakteur eher der sozialdemokratischen Seite zugeordnet wird, steht jedenfalls fest: Kein Mitglied des Verwaltungsrates, kein Christdemokrat in diesem Gremium, will diese Grundstruktur verändern. Es kann und wird nicht um parteipolitische Fragen gehen. Es geht um eine positive Entwicklung des ZDF.

Der Vorwurf ist ja nicht, dass Sie Parteipolitik machen, sondern dass die Parteien überhaupt sich ihren Zugriff auf das Personal in den öffentlich-rechtlichen Sendern sichern wollen.

Darum geht es doch überhaupt nicht. Die eingangs angeführten Zahlen rufen doch wohl nach einer Debatte. Auch, aber nicht nur Politiker sind mitverantwortlich für das Wohl und Wehe eines Senders im Inneren. Diese Repräsentanz der Bevölkerung im Inneren der Anstalten ist wichtig und richtig. Und ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass versucht wird, jedes Handeln von Politikern an dieser Stelle zu diskreditieren.

Wenn ZDF-Intendant Schächter Brender vorschlägt, wird er also nicht die Zustimmung des Verwaltungsrates bekommen?

Ich bin gar nicht in der Lage, das zu beantworten. Wir befinden uns mit dem Intendanten und untereinander in sehr, sehr intensiven Diskussionen. Diese Entscheidung ist nicht unproblematisch. Das wissen alle. Es wäre gut gewesen, wenn die Entscheidung weiterhin in den Gremien geblieben wäre, denn es ist eine interne Entscheidungsstruktur des ZDF. Nur eines geht nicht: dass durch Veröffentlichung auf den Verwaltungsrat in einer Weise öffentlich Druck ausgeübt wird, dass der zu einem nüchternen Abwägen der unterschiedlichen Argumente vermeintlich gar nicht mehr in der Lage ist, weil behauptet wird, wenn man nicht beim Status quo bleibt, sei es eine Politisierung und Partei-Politization des ZDF. Das ist sie nicht.

Warum ist es eine „interne Entscheidung“? Sie sitzen in diesen Gremien als Volksvertreter. Warum soll die Bevölkerung hinnehmen, dass solche Entscheidungen zwischen Parteien ausgekungelt werden – warum hat sie nicht das Recht, dass diese Diskussion wenigstens in der Öffentlichkeit stattfindet?

Weil es, wenn solche Diskussionen über Personen auf dem öffentlichen Markt ausgetragen werden, nicht dem Sender dient und am Ende nur Irritationen übrig bleiben. Aber wir scheuen, wie Sie sehen, auch eine öffentliche Debatte nicht. Wir haben gute Argumente für unser Verhalten und werden unsere Verantwortung für das ZDF wahrnehmen.

Und der vielfach zu hörende Gedanke, dass Sie in dieser Sache gerade im Auftrag von Frau Merkel unterwegs sind, ist komplett abwegig.

Ich kenne niemanden, der sich in dieser Sache im Auftrag von jemand anders tätig fühlt. Wir sind mitten in einem Entscheidungsprozess. Da helfen weder Ratschläge von außen noch irgendwelche Unterschriftenlisten, wie sie Herr Kleber jetzt organisiert hat. Herr Kleber hat sich für eine deutliche Verbesserung seiner materiellen Situation aus der redaktionellen Verantwortung für das ZDF zurückgezogen und ist heute nur noch freier Mitarbeiter. Das respektiere ich. Nur ist dann die Frage der redaktionellen Unabhängigkeit nicht mehr primär bei ihm verortet. Man kann nicht erwarten, dass Mitglieder des Verwaltungsrates tatenlos zusehen, wie ihnen Motive unterstellt werden, die nicht unserer realen Arbeit entsprechen.

Den offenen Brief hat nicht nur Kleber unterschrieben, sondern die ganze Leitungshierarchie des ZDF, die ihre Sorge „um die Glaubwürdigkeit der journalistischen Leistungen im ZDF“ erklärt und den politischen Druck auf den Intendanten beklagt.

Ich glaube, keiner der Beteiligten hat sich durch diesen Brief einen Gefallen getan. Ich weiß aber sehr konkret, dass ihn auch Menschen nur deshalb unterschrieben haben, weil sie sich dem Solidaritätsdruck gebeugt haben.

Sehen Sie noch eine Chance für Brender als zukünftigen Chefredakteur?

Ich schließe eine Entscheidung, die am Ende nicht zu einem praktisch einstimmigen Beschluss des Verwaltungsrates führt, aus. Aber die Pflicht des Einvernehmens kann nicht bedeuten, dass immer alles so bleibt, wie es ist. Es ist nichts Unanständiges, wenn der Verwaltungsrat Personalfragen stellt, sondern er tut genau das, wozu er laut Staatsvertrag berufen ist.

Aber das Ergebnis ist noch offen?

Es gibt diese Illusion von der Fraktionenbildung in solchen Gremien in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ...

Die sind ja keine Illusion. Das nennt sich beim ZDF „Freundeskreis“.

Ja, aber die Diskussion findet ja nicht nur in Blöcken statt. Ich bin der Auffassung, es wäre für das ZDF besser, wenn es einen Neuanfang gäbe, und sehe, dass es dafür auch Unterstützung gibt. Der Intendant sieht es anders, und nun gibt es eine Diskussion, die wird am 27. März mit größter Wahrscheinlichkeit zu einem Ende geführt.

Sie haben noch keinen Wunschkandidaten?

Es wird auch keinen Wunschkandidaten von mir oder der CDU-Seite geben.~

Und die beste Art, die Leitungspositionen des ZDF zu besetzen, ist eine, indem man sie nach Parteizugehörigkeit oder vermuteter Parteinähe durchdekliniert?

Öffentlich-rechtliche Sender stehen in der Verantwortung der Gesellschaft und der Politik und werden sich davon auch nicht völlig lösen können. Das ist ein Teil von Demokratie. Politiker sind nicht eine Gefahr für die Demokratie, sondern ihre Grundlage. Warum akzeptiert man nicht, dass es eine Frage des Prozesses und des Ringens miteinander ist, am Ende das Beste für alle zu erreichen?

Und Sie versuchen, das Beste für alle zu erreichen? Nicht das Beste für die Parteien?

Wir Politiker müssen wahrscheinlich damit leben, dass uns das dauernd unterstellt wird. Wir werden aber, wenn wir unserer Aufgabe gerecht werden wollen, im Zweifel mit dieser Unterstellung leben müssen.

Das Gespräch führte Stefan Niggemeier.

Quelle: F.A.Z.

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2011
Alle Rechte vorbehalten.

SPIEGEL ONLINE

27. November 2009, 21:10 Uhr

Hessischer Rundfunk**Zoff wegen Brender-Berichterstattung**

Von Markus Brauck

Beim Hessischen Rundfunk gibt es Ärger zwischen Redakteuren und dem Intendanten. Senderchef Helmut Reitze habe die Berichterstattung über den Fall Brender behindert, so der Vorwurf. Die Sender-Chefs sprechen von "Legendenbildung."

Am Montag dieser Woche wollten Redakteure der TV-Sendung "hessenschau" des Hessischen Rundfunks (HR) einen Beitrag über die geplante **Abwahl von Nikolaus Brender** machen. **35 Staatsrechtler hatten in einem offenen Brief vor einer Verletzung der Verfassung gewarnt** und dabei auch den hessischen Ministerpräsidenten **Roland Koch** im Blick gehabt, der die Absetzung des ZDF-Chefredakteurs betrieb.

Doch Fernsehchefredakteur Alois Theisen wollte den Beitrag nicht haben. Das sei kein Thema für die "hessenschau", sagte er auf Anfrage. Die HR-Nachrichten hätten rein lokalen Bezug, und der sei auch nicht dadurch gegeben, dass Koch im ZDF-Verwaltungsrat sitze. Diesen Posten, so Theisen, besetze Koch ja "nicht als Ministerpräsident, sondern als Vertreter der Länder".

HR-Sprecher Tobias Häuser sagt, der Intendant habe lediglich davon gesprochen, dass es bei medienpolitischen Themen "im Hessischen Rundfunk wie in allen ARD-Anstalten" einen Genehmigungsvorbehalt gebe. Entschieden habe aber nicht Reitze selbst, sondern die jeweiligen Chefredakteure. HR-Redakteuren, so heißt es im Haus, sei gesagt worden, es gebe folglich keineswegs ein Berichterstattungsverbot. Es sei eben nur in einigen Fällen keine Erlaubnis erteilt worden.

"Hitzige Diskussionen in den Redaktionen"

Auch in der Redaktion des Hörfunksenders HR-info regte sich Unmut. Am Montag hatte man dort noch über den Brief der Staatsrechtler berichtet. Ab Dienstag sei das Thema Brender nicht mehr erwünscht gewesen, heißt es aus Redaktionskreisen. Häuser bestreitet das.

Darüber habe es "hitzige Diskussionen in den Redaktionen" gegeben, heißt es im HR. Erst am Freitag habe sich die Linie wieder geändert.

Grund hierfür könnte die Intervention des Redakteursausschusses sein. Der fragte am Dienstag bei den zuständigen Redaktionsleitern nach und wurde daraufhin von Intendant Reitze zum Gespräch geladen. Am Freitagnachmittag um 14 Uhr trafen sich Intendant und Redakteursvertreter dann zum Austausch.

Am heutigen Freitagabend berichtet die "hessenschau" nun doch über den Fall Brender. Die Senderspitze habe wohl gemerkt, dass man zu weit gegangen sei, heißt es im Redakteursausschuss. Eine Erklärung, die der Chefredakteur nicht gelten lässt. Es habe, sagt Theisen, mit den Vorwürfen des hessischen Oppositionsführers Thorsten Schäfer-Gümbel heute ja schließlich einen landespolitischen Anlass gegeben.

URL:

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,663960,00.html>

FORUM:

Öffentlich-rechtliche Medien - zu viel Einflussnahme der Politik?
<http://forum.spiegel.de/showthread.php?t=9585&goto=newpost>

MEHR AUF SPIEGEL ONLINE:

Entscheidung im ZDF-Verwaltungsrat: Machtmensch Koch gewinnt, der Rest verliert
(27.11.2009)

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,663928,00.html>

ZDF-Verwaltungsrat: Schwarze Combo gegen Chefredakteur Brender (27.11.2009)

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,663552,00.html>

Streit um ZDF-Chefredakteur: Grüne scheitern mit Vorstoß im Fall Brender

(24.11.2009)

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,663132,00.html>

Fall Brender: Journalisten warnen vor Verletzung von Pressefreiheitscharta

(23.11.2009)

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,662937,00.html>

Streit über ZDF-Chefredakteur: Politiker stellen sich hinter Brender (21.11.2009)

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,662565,00.html>

Video: ZDF-Chefredakteur muss gehen

<http://www.spiegel.de/video/video-1034187.html>

Entscheidung des Verwaltungsrats: ZDF-Chefredakteur Brender muss gehen

(27.11.2009)

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,663847,00.html>

ZDF-Intendant Schächter: "Ich bedaure das außerordentlich" (27.11.2009)

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,663935,00.html>

© SPIEGEL ONLINE 2009

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

Im Fernsehrat

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat Angelika Niebler in den Jahren 2000, 2004 und 2008 in den Fernsehrat des Zweiten Deutschen Fernsehens berufen. Die Regierungschefs der Länder folgten dabei jeweils einem entsprechenden Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten (2000 und 2004: Dr. Edmund Stoiber; 2008: Dr. Günter Beckstein).

Das ZDF verfügt über einen Betriebshaushalt von rund 1,8 Mrd. Euro, hat etwa 3.600 feste Mitarbeiter (im Sendezentrum Mainz, im Hauptstadtstudio Berlin sowie in den 16 Inlands- und 19 Auslandsstudios) und strahlt jährlich rund 14.500 Sendungen aus.

Der Fernsehrat stellt Richtlinien für die Sendung des ZDF auf, wählt den Intendanten und berät ihn in Programmfragen. Das Gremium überwacht die Einhaltung der Programmrichtlinien und der im Rundfunkstaatsvertrag aufgestellten Grundsätze. Der Fernsehrat ist ferner Ansprechpartner der Zuschauer.

Der in der Medienpolitik als sehr einflußreich geltende ZDF-Fernsehrat setzt sich aus 77 Mitgliedern aus allen politischen und gesellschaftlichen Gruppen zusammen. Dazu zählen u.a. Vertreter der Bundesregierung, der 16 Bundesländer und der Kommunen, der Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, des Sports und der Umweltverbände.

Der Freistaat Bayern kann ein Mitglied der Staatsregierung in den Fernsehrat entsenden und hat ferner das Vorschlagsrecht für einen Vertreter der Freien Berufe. Hier fiel die Wahl auf Angelika Niebler, die "gelernte" Rechtsanwältin ist und somit dem Berufsstand der Freiberufler angehört.

Die Amtszeit des Fernsehrats, der in der Regel alle drei Monate im ZDF-Sendezentrum in Mainz zusammentritt, beträgt jeweils vier Jahre. Die laufende Amtsperiode dauert bis Juli 2012.

Angelika Niebler nimmt innerhalb des Fernsehrats folgende Funktionen wahr:

- Vorstandsmitglied des bürgerlichen Freundeskreises (seit November 2002)

Die 77 Mitglieder des Fernsehrats bereiten die Sitzungen traditionell in zwei Freundeskreisen vor: der eine Freundeskreis steht dem bürgerlichen Lager nahe, der andere Freundeskreis der Sozialdemokratie. Vorsitzender des bürgerlichen Freundeskreises ist der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, MdB.

- Mitglied des Erweiterten Präsidiums sowie des Richtlinie- und Koordinierungsausschusses (seit Oktober 2003)

Es handelt sich hierbei um die beiden wichtigsten Gremien des Fernsehrats. Angelika Niebler trat dort die Nachfolge von Dr. Michel Friedman an, als dieser 2003 nach seinem Rücktritt vom Amt des Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland alle öffentlichen Ämter - darunter auch sein Mandat im ZDF-Fernsehrat - aufgab.

- Mitglied des Programmausschusses Chefredaktion (seit März 2009)

Die Chefredaktion ist für die Programmbereiche Politik, Information und Sport zuständig. Dazu zählen u.a. sämtliche Nachrichtensendungen („heute“, „heute-journal“), Magazinsendungen

(„Morgenmagazin“, „Mittagsmagazin“, „Frontal 21“, „ZDF.reporter“, „Leute heute“, etc.), der Programmbereich Zeitgeschichte/Zeitgeschehen (z. B. „history“) und natürlich das „Aktuelle Sportstudio“. Der Chefredaktion sind auch alle Inland- und Auslandstudios des ZDF unterstellt.